

Protokoll der 40. Öffentlichen Vortragsveranstaltung

Die 40. Öffentliche Vortragsveranstaltung der Gesellschaft für Unternehmensgeschichte fand am 16. März 2017 unter dem Motto «Risiko: Politik?» im Hause der Allianz SE in München statt. Nach einer gemeinsamen Begrüßung des Vorstandsvorsitzenden der GUG e.V., Prof. Dr. ROLF NONNENMACHER (Berg), bezog sich MICHAEL HEISE (München), Chefvolkswirt der Allianz SE, gleich zu Beginn in seinem Vorwort auf den Schwerpunkt der Vortragsveranstaltung und sprach von einer Machtverschiebung des «Westens» (unter anderem der USA und Europas) hin zum «Osten» (allen voran Russland). Diese Veränderung habe in den letzten Jahren zu einer zunehmenden Instabilität geführt, mit der im Besonderen die friedensgewöhnte EU ihre Schwierigkeiten habe. Trotz der zunehmend unsicheren Rahmenbedingungen habe die Wirtschaft bislang überraschend wenig unter den neuen Modifikationen gelitten. Eigentlich müssten die Finanzmärkte in derart spannungsgeladenen Zeiten erschüttert oder zumindest verunsichert sein, was bisher aber nicht der Fall gewesen sei. Heise bot dafür zwei Erklärungsansätze: Entweder erwarten die Märkte eine relativ baldige Normalisierung, was er nach eigener Einschätzung jedoch für unrealistisch und naiv halte, oder aber für die Unternehmen stünde die Wirtschaft über der Tagespolitik. Dies führe dazu, dass wirtschaftliche Vernunft und Rationalität in den Firmen dominierten. Als Fallbeispiel hierfür nannte Heise die Wahl des US-Präsidenten Donald Trump. Die amerikanischen Unternehmen hätten sich schnell auf diesen politischen Schock eingestellt und bereits nach kurzer Zeit begonnen, neue Kooperationsmöglichkeiten zu finden. Zum Abschluss seiner Einführung betonte Heise, dass er den optimistischen Prognosen der Finanzmärkte eher skeptisch gegenüberstehe.

Der erste Vortrag «Populismus – eine Chance für Europa?» wurde von Prof. Dr. JÜRGEN ELVERT (Köln) gehalten. Der Historiker und Experte für europäische Geschichte begann seine Ausführungen mit einem Zitat aus der UN-Charta, laut welcher die Europäische Union sich durch das gemeinsame Ziel der Geschlossenheit auszeichnen solle. Allerdings sei die Vereinigung davon so weit entfernt wie nie zuvor. Beispielhaft für diese Uneinigkeit nannte er unter anderem die Flüchtlingspolitik der Gemeinschaft, das angespannte Verhältnis zur Türkei, die rechtspopulistischen Regierungen Ungarns und Polens und weitere außereuropäische Bedrohungen, mit denen sich die Wertegemeinschaft aktuell konfrontiert sieht. Lösbar seien diese Probleme laut Elvert nur durch ein geschlossenes und entschlossenes

nes Handeln der Union. Im Rahmen eines kurzen historischen Rückblicks erinnert er an zwei Krisen der EU in den 1950er und 1960er Jahren, aus denen die Gemeinschaft gestärkt hervorging. Diese Hoffnung sei im Angesicht der derzeitigen Situation allerdings eindeutig zu naiv. Die Kriegserfahrungen des letzten Jahrhunderts seien größtenteils vergessen und durch das Ende des Kalten Krieges habe es einen grundlegenden Wandel der Rahmenbedingungen gegeben. Dies führe zu zunehmender Instabilität, zu neuen internationalen Krisenherden, zu einer Verschärfung des Konfliktes zwischen Arm und Reich und weiteren Zuspitzungen. In diesem Kontext forderten Populisten mit großen Worten und wenig Fakten einen starken Nationalstaat, was viele Wähler lockte. Die EU sei in deren Vorstellung nur ein bürokratisches Monster, eine Geldvernichtungsanlage, eine Beschäftigungstherapie, sinnlos und teuer. Die Vorteile der Gemeinschaft wie der freie Binnenmarkt, die Bewegungsfreiheit und weitere durchaus sinnvolle Regulierungen würden von Populisten und ihren Anhängern völlig ignoriert. Elvert betonte in diesem Zusammenhang allerdings, dass gerade bei jungen Leuten das Interesse an der Wertegemeinschaft durchaus vorhanden sei. Sie würden aber keine vernünftigen Informationen erhalten, sondern nur mit Krisengipfeln und Skandalen überschüttet. Der Historiker stellte die berechtigte Frage: «Wie soll man ein positives Verhältnis zu einer vermeintlichen Dauerkrise entwickeln?»

Des Weiteren betrachtete Elvert die Argumente rechter Nationalisten. Egal ob in Frankreich, den USA, in Deutschland oder Großbritannien, die Wahlkampfthemen seien identisch: Es gehe um die Schaffung von Arbeitsplätzen, soziale Sicherheit, innere Stabilität, Verteidigung und Protektionismus. Als Lösung für die genannten Herausforderungen aber einen abgeschotteten Nationalstaat zu fordern, hält er für grundlegend falsch, da Probleme meist am besten auf internationaler Ebene und gemeinschaftlich gelöst würden. Um diesen Gedanken entgegen zu wirken, müsse die EU sich reformieren. In diesem Zusammenhang nannte er die GSVP (Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU) als zentralen Akteur.

Der anhaltende «Populismus-Schock» in Europa müsse alle Beteiligten aufwecken, da Veränderungen tatsächlich dringend notwendig seien. Die «institutionelle Trägheit» müsse überwunden werden und die Notwendigkeit einer solchen Vereinigung durch schnelleres Handeln untermauert werden. Wichtig sei bei Überlegungen zu einer GSVP-Union außerdem, dass sie unauflöslich und damit bindend sein müsse, sodass echtes Engagement entstehe. Eine Einigung auf einen gemeinsamen Grenzschutz, eine bindende Einwanderungs-

politik, einen Verteidigungsplan und weitere bislang strittige Aspekte seien unumgänglich. Es müsse zu einem teilweisen Rückbau des Bürokratiemonsters EU kommen, um minimalistischer und damit effektiver agieren zu können. Nur so könne die Attraktivität gesteigert und gleichzeitig die Vielfalt und Interessen einzelner Länder gewährleistet werden. Wenn man dem Bürger eine klare Definition und nachvollziehbare Ziele der Europäischen Union vermitteln könnte, so würde dieser sich auch mit ihr identifizieren können.

Der zweite Vortrag «Autokraten und Populisten: Politik als zunehmender Risikofaktor für die Wirtschaft» wurde von dem Politikwissenschaftler Prof. Dr. HERFRIED MÜNKLER (Berlin) gehalten. Dieser begann mit einer Definition des Begriffs «Populismus» als eine Reaktion auf die Ohnmachtserfahrung einiger Bürger. So treibe die zunehmende Komplexität des Alltags und eine gleichzeitige Alternativlosigkeit viele in die Arme von Populisten. Münkler versteht dies als eine Art Hilferuf, wobei die Ursprünge des Phänomens bereits weit vor Christi Geburt lägen. Es sei schon zu dieser Zeit das Ziel des Populismus gewesen, beim Streben nach Macht das Volk als eine Art Ressource hinter sich zu versammeln. Dieser Ansatz sei über die Jahrhunderte immer gleich verlaufen, denn am Ende konnten die Populisten ihr Versprechen gegenüber den Bürgern nicht halten, worauf diese sich von ihnen abwandten. Laut Münkler habe heute die Gewaltenteilung eines Staates das Ziel, Machtansprüche Einzelner zu blockieren. Dies führe zu einer «Vermeidung von Stimmungsdemokratie» und damit zu einer Entschleunigung einzelner Prozesse. Zu der aktuellen Situation diagnostizierte der Politikwissenschaftler eine starke Veränderung: Das «Modell der Wippe» kippe erstmals in die andere Richtung. Autokraten habe es bereits früher gegeben, jedoch waren sie noch nie so präsent in der weltweiten Wahrnehmung wie derzeit. Gemeinsame Werte gingen so verloren und eine instabile EU-Außen- und Sicherheitspolitik spiele den Alleinherrschern noch zusätzlich in die Hände. Würde man sie und ihre Interessen öffentlich angreifen, um im jeweiligen Land die eigenen Werte durchzusetzen, so Münkler, täte man starken und selbstbewussten Personen wie Erdogan oder Putin nur einen Gefallen. Autokraten wie sie handeln willkürlich und impulsiv, was sie unberechenbar und gefährlich mache. Betrachte man diese Situation auf wirtschaftlicher Ebene, so werde das Vertrauen der Ökonomen in die Rationalität der Politik momentan in seinen Grundfesten erschüttert. Durch das selbstbewusste Auftreten dieser «Vorbilder» entstehe ein vermeintliches Sicherheitsgefühl. Sollte es dem Volk wider Erwarten doch nicht besser gehen, dann sei eben «der Westen» schuld, nicht aber besagte Politiker. Am Beispiel der Türkei ließe sich

dies momentan sehr gut verdeutlichen. Das Land und die Bevölkerung habe sich zuvor stets nur missachtet und «herumgeschubst» gefühlt. Durch das neue, aggressive Auftreten Erdogans habe man seine Selbstachtung und seinen Stolz zurück. Die Mischung aus dem Rückzug der USA als «Hüter» der Wertegemeinschaft nach der Wahl Donald Trumps und dem gleichzeitig provokanten Auftreten von Herrschern wie Erdogan und Putin berge ein hohes Gefahrenpotential. In den USA habe man Trump unter anderem gewählt, weil er, statt ins Ausland, ins eigene Land zu investieren versprach. Auch diese Erwartungen werde er nicht vollständig erfüllen können, sodass er sich irgendwann zwischen Radikalisierung oder Rücktritt entscheiden müsse. Für demokratische Länder wie Deutschland seien neue Autokraten in alten Demokratien wirtschaftlich viel gefährlicher als solche in Ländern, in denen es so wieso nie eine funktionierende Demokratie gegeben habe.

Der Kommentar von Prof. Dr. JAN-OTMAR HESSE (Bayreuth) konzentrierte sich verstärkt auf die Situation der Unternehmen unter dem Motto «Risiko: Politik?». Er begann seine Ausführungen damit, dass Unternehmen auch im Inland politischen Risiken ausgesetzt seien, ohne dass direkt ein Umsturz vorhergegangen sein müsse. So sei für sie ein stabiler politischer Rahmen existentiell, sie seien tendenziell sogar eher «umsturzfeindlich». Um überleben zu können handelten sie opportunistisch, was man an den neuen Kooperationen amerikanischer Unternehmen mit ihrer derzeitigen Regierung erkennen könne. Ziel der Politik sei der Machtgewinn oder Machterhalt, was sie für Firmen zu einer «ökonomischen Unsicherheit» mache. Tatsächlich sei ein Risiko für Ökonomen kalkulierbar, eine Unsicherheit hingegen nicht, da man sich gegen diese nicht absichern könne. Für Unternehmen seien auch Autokraten sehr unattraktiv, da (wie am Beispiel der Türkei erkennbar) Umbrüche Krisen befördern können. Innerhalb der EU wandere man momentan von einer Notlage zur nächsten, sodass ein großer wirtschaftlicher Schaden entstehe (z.B. durch die anhaltende niedrige Investitionsquote). Als Lösung schlug Hesse die Entwicklung von Regelsystemen vor, die in bestimmten Fällen automatisch reagieren müssten um Schäden zu verhindern. Unternehmen bräuchten Planungssicherheit durch feste Strukturen in der Politik. Möglich werde dies Hesse zufolge nur, wenn die bestehenden Möglichkeiten, Rahmen und Vorgaben von allen Beteiligten auch endlich einmal eingehalten würden.

Melina Eckhardt, Göttingen